

Resolution

Anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz erklären wir:

Die Gründung des Staates Israels 1948 war die direkte Folge des systematischen deutschen Massenmordes an Millionen von Juden. Es war die Konsequenz von Auschwitz. Mit der Gründung Israels schufen sich die Überlebenden der Shoa einen Zufluchtsort vor Antisemitismus und Mord – um nie wieder wehrlos zu sein.

Die Sowjetunion drückte die Gründung Israels so aus:

"Der Umstand, dass kein abendländisches Land in der Lage gewesen ist, die Grundrechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und es gegen die von den faschistischen Henkern ausgelöste Gewalttätigkeit zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, diese Tatsache nicht zu berücksichtigen und dem jüdischen Volk das Recht zu verweigern, seine Wünsche zu verwirklichen, besonders in Anbetracht all dessen, was es während des 2. Weltkrieges erleiden musste."

(A. Gromyko, als Vertreter der UdSSR vor den Vereinten Nationen, 1948)

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es den demokratischen Kräften in Westdeutschland (im Gegensatz zur sowjetischen Zone und späteren DDR) nicht gelungen die Einhaltung des Potsdamer Abkommens der Alliierten von 1945 durchzusetzen und die Gründung der BRD zu verhindern, dies hätte die Restaurierung des deutschen Imperialismus unterbunden.

So wurde der deutsche Antisemitismus von der BRD nicht bekämpft, sondern im Gegenteil: Unter der Staatslosung „Freiheit und Demokratie“ sind Hitlers Nazi-Funktionäre und Judenmörder in leitenden Positionen eingesetzt worden, zum Aufbau ihrer Armee, Justiz, Polizei oder auch ihrer Geheimdienste. So blieb der Antisemitismus bis zur Gegenwart im deutschen Volk latent verankert und findet spätestens seit dem größer gewordenen Deutschland offene Erscheinungsformen. Nicht nur bei einzelnen Politikern, wie Möllemann oder Hohmann, sondern dies geht durch alle Schichten des Volkes bis tief in die deutsche Linke hinein. Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen sind inzwischen Alltag in Deutschland. Jüdische Friedhöfe werden geschändet, Synagogen brennen wieder!

Die Berliner Regierung beschloss, 60 Jahre nach Auschwitz, Zuzugsbegrenzungen jüdischer Menschen aus Osteuropa und Russland. Sie mischt sich heute offen in die innere Angelegenheiten des Staates Israels ein, welches die Souveränität Israels untergräbt. Geschah dies früher auf verbaler Ebene, so werden heute im deutschen Außenministerium Planungen für eine Neustrukturierung der Region im Nahen Osten entworfen. Die Bundesrepublik gehört zu den größten Finanziers von Organisationen, die die Vernichtung Israels und den Judenmord organisieren. Gleichzeitig scheut sie sich nicht davor in Erwägung zu ziehen, deutsche Soldaten in Israel zu stationieren.

Deutschland hat kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Israels einzumischen. Es ist die Aufgabe und die Pflicht der demokratischen Kräfte der Berliner Republik das Existenzrecht Israels kompromisslos zu verteidigen.

Die FDJ macht es sich zur Pflicht, als antifaschistisch-demokratische Jugendorganisation, in dieser Berliner Republik jederzeit gegen verbale und physische antisemitische Angriffe offen aufzutreten.

Unser Kampf gegen den Antisemitismus muss zugleich auch den Kampf gegen den deutschen Imperialismus beinhalten. Nur so sind wir solidarisch mit dem israelischen Volk.

18. September 2005